

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Werktag. Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkammer“. Bezugspreis: Bei den Volantisten vierteljährlich M. 1,50. Anzeigen: Grundzeile 20 Pfg., lokale 15 Pfg., Erfüllungsort Friedberg. Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Hanauerstraße 12. Fernsprecher 48. Postfach-Conto Nr. 4333. Amt Frankfurt a. M.

Uebersicht.

— Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig-Lüneburg ist heute früh kurz nach 5 Uhr von einem Erdbringen erlitten worden.

— Nach eingehenden Darlegungen des Staatssekretärs von Tirpitz bewilligte die Budgetkommission des Reichstages gestern die Mittel für den Ausbau der deutschen Schulen in China.

— In Mex wurde ein Luxemburger unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Er hat sich dadurch verächtlich gemacht, daß er mit dem Dienstmädchen eines höheren Offiziers vor Meier Garnison Beziehungen anknüpfte und den Versuch machte, sich auf diese Weise militärische Dokumente zu verschaffen.

— Ein vermutlich geistesgestörter Franzose wurde unterwegs zwischen Marakech und Casablanca von dem Führer eines Automobils, worin ein in Rogador anfassiger deutscher Kaufmann namens Müller aus Hamburg fuhr, aufgekommen. Der Franzose griff ohne jede Ursache den Deutschen an und ver wundete ihn schwer, doch nicht lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

— Nachträglich wird bekannt, daß Winston Churchill am Samstag auf dem Bahnhof in Bradford, wo er eine Rede über Homerus gehalten und erklärt hatte, daß die Regierung jetzt alle Zugeständnisse gemacht habe, die möglich seien, von einem Mann aus der Volksmenge, die den Minister auf dem Bahnhof begleitete, mit der geballten Faust ins Gesicht geschlagen wurde. Der Mann verschwand sofort in der Menge und konnte nicht ermittelt werden.

— Während einer Vorstellung im Palladiumtheater in London, der der König und die Königin beizuohnten, machten zahlreiche erkrankte Suffragetten solchen Lärm, daß kaum ein Wort von der Bühne im Zuschauertraum zu verstehen war.

— In Melbourne ist auf die Beamten des Anstaltungs- baus ein Bombenattentat ausgeübt worden. Die Beamten erhielten aus Eiden ein Postpaket. Als sie es öffneten, plakte eine Füllmaschine, die das Bureau zerstörte und 3 Beamte teilweise schwer verwundete. Ueber die Urheber des Attentats ist nichts bekannt.

— Wie gemeldet wird, sind die mexikanischen Revolutionäre von den Bundesstruppen in der Nähe des kleinen Ortes Bustamante geschlagen worden. Die Gesamtzahl an Toten und Verwundeten soll sich auf über 500 belaufen. Die Revolutionäre flohen in größter Unordnung und ließen eine Menge Munition und Waffen auf dem Kampflage zurück.

Unsere soziale Gesetzgebung

Am 1. Jt. gegen den Willen und unter dem bittigen Widerstande der Sozialdemokratie zustande gekommen. Die Partei hat gegen das Kranken-, gegen das Unfall- und gegen das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz gestimmt, sie hat auch nicht eingesehen, daß ihre Abstimmung verkehrt gewesen ist, sie hat vielmehr bei der Schaffung des Reichsversicherungsgesetzes vor wenigen Jahren abermals in der Opposition gestanden. Zwar erkennen einzelne Führer an, daß diese Haltung eine verkehrte gewesen und keineswegs im Interesse der Arbeiter gelegen sei. So hat der badische Sozialistenführer Kolb auf dem badischen Parteitage 1911 erklärt:

„Wenn wir (die Sozialdemokraten) nochmals vor der Abstimmung über die Arbeiterversicherungsgesetze ständen, wir würden es uns sehr überlegen, ob wir nochmals dagegen stimmen sollten. Und wenn eine Umrobtimmung unter den deutschen Arbeitern vorgenommen würde, so würde der Erfolg sein, daß die Arbeiter nicht wieder die Zustände zurückwünschten, wie sie vor Einführung der Arbeiterversicherungsgesetze bestanden haben.“

Die Sozialdemokraten haben wohl erkannt, daß sie mit ihrer verneinenden Antwort das Vertrauen der Arbeiter nicht verdient hätten, deshalb haben sie, was sie ja sehr wohl verstehen, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Sie reden ihnen vor, den Arbeitern würden nur Bittelbroden vom Tische der Reichen hingeworfen, es sei eine Bagatelle, was die Reichsversicherung biete und das Wort von dem „Bösen Sozialpolitik“ ist geprägt worden. Sie reden sich darauf hinaus, daß sie viel mehr für die Arbeiter verlangt hätten und weil ihnen das nicht gelungen sei, so hätten sie gegen die Gesetze gestimmt. Sie verschweigen, daß erhöhte Leistungen auch erhöhte Beiträge erfordern und daß Arbeitgeber und -nehmer schwer belastet worden wären, wenn es nach den sozialdemokratischen Wünschen gegangen wäre. Es verdient festgesetzt zu werden, daß heute schon täglich zwei Millionen Markt den Arbeitern durch unsere soziale Gesetzgebung zuzufießen, allein an Unfallrenten sind im Jahre 1912 über 100 Millionen Mark ausbezahlt worden. Das ist doch wahrlich keine Bagatelle! Die Herren Genossen hätten auch bedenken sollen, daß in keinem Staate in ganz Europa, ja auf der ganzen Erde, derart wie bei uns für die Arbeiter

durch die soziale Gesetzgebung gefordert wird und hätten schon deshalb, weil es sich um den Anfang handelte, dafür stimmen müssen.

In neuerer Zeit ist der „Stillstand unserer Sozialpolitik“ ein beliebtes Schlagwort sozialdemokratischer Agitatoren geworden. Doch auch dies eine Unwahrheit ist, beweist die Reichsversicherungsordnung, die einen ganz bedeutenden Fortschritt in der Sozialpolitik vorstellt, wenn sie auch vielfach nicht nach dem Geschmack der Genossen ausgefallen ist. Vor allem ist das Gesetz einem lang gefühlten Bedürfnis entgegen gekommen und hat die bisher getrennten, großen sozialen Gesetze in einen Rahmen gebracht. Die Reichsversicherungsordnung umfaßt die Kranken-, die Unfallversicherung und die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. Die Träger der Reichsversicherung sind die Krankenkassen, die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten. Die öffentlichen Behörden sind die Versicherungsämter, die Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. Den Versicherten ist Gelegenheit gegeben, Einfluß auf die Zusammenfassung dieser verschiedenen Behörden zu erlangen. Auf der anderen Seite aber ist auch mit Recht ein Regel vorgehoben worden, daß die Sozialdemokratie unumfänglich ihre Herrschaft ausüben vermag, wie dies bisher, namentlich in den Ortskrankenkassen, vielfach der Fall gewesen ist.

Bietet schon die Vereinfachung und Zusammenlegung der Verwaltung einen Fortschritt in der Sozialpolitik, so ist dies noch mehr der Fall in der Fürsorge für die Versicherten. Am auffallendsten tritt dies bei den Krankenkassen in Erscheinung. Die Leistungen für die Kranken sind ganz bedeutend erhöht worden. Das Gesetz bestimmt, daß Regelleistungen bestimmt werden müssen, daß aber die einzelnen Kassen Mehrleistungen aufbringen können. Die Regelleistungen setzen die Grenze nach unten hin fest, was für die Kranken zu geschehen hat, während die Mehrleistungen die Grenzen nach oben hin angeben, über die nicht hinaus geschritten werden darf.

Die Regelleistungen sehen vor, daß den Kranken die Krankenpflege (einschließlich ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei) von Beginn der Krankheit an gewährt werde. Es wird ihnen außerdem ein Krankengeld in der Höhe des halben Grundlohnes gegeben. Diese Krankenhilfe muß, falls erforderlich, 26 Wochen lang bewilligt werden. Der Kranke kann auch — falls er im eigenen Haushalt lebt, mit seiner Zustimmung — in ein Krankenhaus untergebracht werden. In diesem Falle ist, falls Erkrankte von ihrem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend erhalten haben, für diese Angehörigen ein Hausgeld in der Höhe des halben Krankengeldes zu bezahlen.

Bemerkenswert ist auch die Wochenbeihilfe für weibliche Versicherte, einzeln, ob sie verheiratet oder unverheiratet sind. Sie erhalten ein Wochenentgelt in Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Endlich muß ein Sterbegeld bezahlt werden, das dem Hinterbliebenen ausbezahlt wird und das mindestens das zwanzigfache des Grundlohnes betragen muß.

Das sind die Mindestleistungen, die jegliche Kasse für ihre Mitglieder aufbringen muß. Zahlreich und vielerlei Art sind die Mehrleistungen. So kann das Krankengeld von der Hälfte des Grundlohnes, bis zu dreiviertel erhöht werden. Die Zahlung kann die Dauer der Krankenhilfe bis auf ein Jahr erweitern, sie kann Rückvergütung für Genesende, namentlich durch Unterbringung in ein Genesungshaus, bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe gestatten. Sie kann das Krankengeld schon am ersten Tage der Krankheit zubilligen, während die Regel vom vierten Tage an lautet. Den im Krankenhaus Unterbrachten, also solchen, die keine Familie haben und im Spital ihre volle Pflege erhalten, kann ein Krankengeld bis zur Hälfte des gesetzlichen Betrages gegeben werden.

Neben der Wochenbeihilfe kann den Wöchnerinnen Gehammiendienst und ärztliche Geburtshilfe zugewilligt werden. Außerdem kann ihnen in bestimmten Fällen ein Säugungsuntergeld in der Höhe des Krankengeldes bis auf sechs Wochen, ihnen ferner ein Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft bewilligt werden. Endlich kann das Sterbegeld auf den dreifachen Betrag des Grundlohnes erhöht werden. Neu ist auch die Einführung der Familienhilfe, die alle Wohltaten der Versicherten, Krankenpflege, Wochenhilfe und Sterbegeld auch auf die Ehegatten und Kinder der Versicherten ausdehnen kann.

Man sieht, der Vorteil des Gesetzes sind viele und sie sind manderlei Art. Ein jeder vernünftig denkende Arbeiter, dessen Blick nicht durch die Parteibeilide gefärbt ist, wird zugedenken müssen, daß es unter den Landwirten und Gewerbetreibenden viele gibt, für die in Zeiten der Not nicht so fürgesorgt ist, wie dies für die Arbeiter geschehen ist. Außerdem möge man bedenken, daß die Reichsversicherung doch nur eine Unterfützung und nicht eine volle Versicherung waren alle Nährstoffe des Lebens darstellen soll. Das hilft

aber alles nichts: die Sozialdemokratie treibt das Handwerk der Verheugung unbedenklich weiter und stellt es so dar, als wenn die Arbeiter unbarbarisch von den Unternehmern ausgebeutet würden.

Deshalb ist es erfreulich, daß die neuen Bestimmungen des Gesetzes den Sozialdemokraten wenigstens die Klein herrschaft in den Kassen, die sie vielfach ausgeübt haben, entziffen und den Winderbeitern die Möglichkeit einer Vertretung gegeben haben. Wenn bei früheren Wahlen die Sozialdemokraten 4551 und ihre Gegner 4550 Stimmen erhalten haben, so erhielten die Notwendigen sämtliche Sitze im Ausschuß, der dann auch lauter Parteigenossen in den Vorstand wählen konnte. Heute wird nach dem Verhältnis gewählt. Wählen z. B. die Arbeitnehmer 40 Mitglieder und es werden 4000 Stimmen abgegeben, so würde er 4 Rationale und 1 Sozialdemokraten und 1400 für ihre Gegner, so erhalten jene 26 und diese 14 Stimmen. Belehrt der Vorstand aus 15 Mitgliedern, so hätte der Ausschuß der Versicherten 10 Mitglieder zu wählen es würden nach dessen Zusammenlegung vielleicht 6 Sozialdemokraten und 4 Rationale gewählt werden. Fünf Vorstandsmitglieder würden von dem Arbeitgeber-Ausschuss gewählt. Angenommen, dieser bestände aus 17 Rationalem und 3 Sozialdemokraten, so würde er 4 Rationale und 1 Sozialdemokraten in den Vorstand wählen. In der betr. Kasse sigen also insgesamt im Ausschuß 31 Rationale und 2 Sozialdemokraten und der Vorstand bestände aus 8 Rationalem und 7 Sozialdemokraten.

Es ist gut, daß es so geworden ist, denn die Krankenkassen sollen zum Wohl der Kranken dienen, zu deren Schutz und Hilfe sie geschaffen sind, die Sozialdemokraten aber haben eine Versorgungsanstalt für sozialdemokratische Agitatoren daraus gemacht. Es wurde uns mitgeteilt, daß von etwa 150 Krankenkassenbeamten in Frankfurt a. M. zum mindesten 135 reine Sozialdemokraten sind. Ein Blick in die Liste der sozialdemokratischen Reichstagskandidaturen zeigt, wie zahlreich dort namentlich die Krankenkassenbeamten vertreten sind. Das geht jetzt so leicht nicht mehr. Nicht nur, daß die Verhältnisse dafür sorgen, daß die seitherige Winderbeit auch ein Wort mitzureden hat, so daß sie vielfach zur Mehrheit geworden ist, auch die Aufsichtsbehörden haben es in die Hand bekommen, darüber zu wachen, daß die sozialdemokratischen Räume nicht in den Himmel wachsen.

Verzwei sind viele Kassen, sogar in Großstädten und Industriebezirken mit gutem Beispiel vorangegangen, so hat erst dieser Tage die Wohl in der zweitgrößten Stadt Deutschlands in Breslau, mit dem vollen Siege der Rationalem, auch in der Arbeitnehmerklasse, gendert, in zahlreichen anderen Städten wurde ebenfalls gründlich mit der sozialdemokratischen Herrschaft aufgeräumt. Im Interesse einer gedeihlichen und gesunden Entwicklung unserer Sozialpolitik wollen wir hoffen, daß auch die Ausschüsse in den Kreise Friedberg, die eine der letzten im Reiche sind, mit einer Niederlage der Sozialdemokraten enden werden. Mit Recht können wir dann sagen:

Ende gut, alles gut!

Aus dem hess. Landtag.

Zweite Kammer.

Die heutige, 100. Sitzung der diesmaligen Landtagsperiode wird vom Präsidenten Köhler, dessen Platz aus dieser Veranlassung mit hübschen Blumen geschmückt ist, um 10.20 eröffnet. Mit einem Hinweis auf den heutigen Tag gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß heute die Bewilligungsvorlage endgültig zu Stande kommt.

Zunächst wird dann die Beratung des Hauptpostratschlages beim Ministerium des Innern fortgesetzt.

Minister des Innern v. Homberg bepricht dann eine Reihe von Beschwerden der früheren Redner über die veränderten Stempelabgaben und führt aus, daß die Kreisämter instruiert seien, den Mindestsatz anzuwenden. Viele der Klagen seien nicht berechtigt, besonders der Vorwurf, daß die Landwirtschaft vernachlässigt werde, habe keine Begründung. Nur die Verhältnisse des Jahres 1914 hätten die Abschneidung der erhöhten Forderung notwendig gemacht, doch sei die Regierung bereit, im nächsten Jahre über die Notwendigkeit der Summen weiter zu beraten. Zurückweisen müsse er auch, die Vorwürfe gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens in der Genossenschaftsreform und wegen der Beamtenverletzungen. Redner wendet sich noch gegen die Ausführungen des Abg. Brauer in der Lehrerbewilligungsfrage und glaubt nicht, daß die Lehret auf dem Lande verdrängt und staatsfeindlichen Bestrebungen in die Arme getrieben würden. So gering würde er die Lehret nicht einschätzen. Er habe den österreichischen Geist der Lehret besser kennen gelernt.

Abg. Maltzan (Ztr.) weist mit Entschiedenheit die Behauptung des Abg. Koch zurück, daß die Errichtung eines konfessionellen Lehrervereins ein Verbrechen bedeute. Die Gründung des katholischen Lehrervereins sei durch verschiedene Umstände und Vorgänge im hessischen Landeslehrerverein vor einer Reihe von Jahren notwendig geworden. Politisch nehme Abg. Koch keine Anstöße. Die von dem Kreisrat von Herppenheim erlassene Verordnungs gegen die po-

hüchliche Betätigung der Gemeindefeuerwehr sei eine Beeinträchtigung der Rechte.

Abg. Adeltung (Soz.) bezeichnet in längeren Ausführungen die Ausführungen des Ministers des Innern als eine reaktionäre und aristokratische, durch welche die bürgerlichen Rechte verringert werden.

Abg. Münch (Natl.) erneuert seinen früheren Wunsch, betr. die Hebung des Zeichenunterrichts an den höheren Schulen, bringt eine Reihe weiterer Schülerforderungen vor und kritisiert u. A., daß die Oberlehrer nicht den Titel Geh. Schulkat erhalten können.

Nach der Pause wird über die Rückführung der Ersten Kammer zur Befehlsvorlage beraten.

Abg. Dr. Osann (Natl.) gibt die Beschlüsse des anderen Hauses bekannt und ersucht im Namen des Finanzausschusses denselben beizutreten.

Minister v. Ewald unterfährt diese Bitte und spricht Allen Dank, die sich um das große Werk verdient gemacht haben.

Bei der dann folgenden Abstimmung werden die Abänderungsvorschläge einstimmig angenommen, worauf Präsident Köhler seiner Befriedigung über die Vollendung des großen Werkes Ausdruck gibt.

Ebenso wird hierauf ohne besondere Debatte die landständige Geschäftsordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen erledigt.

Abg. Korell-Angenrod (Vdd.) begründet folgenden Antrag der Abg. Korell-Angenrod und Genossen: Wir beantragen: Die Zweite Kammer wolle Großh. Regierung ersuchen, im Bundesrat auf halbjährliche Verabschiedung des im Reichstag angeforderten Gesetzentwurfs über den Handel mit Rüstungsmitteln, Futtermitteln und Sämereien hinzuwirken, unter Inangriffnahme der Grundzüge der Rohstoffverarbeitungs- und Schutzhilfe der Landwirtschaft und des realen Handels. Der Grundton der Ausführungen des Abg. Brauer vom Freitag sei durchaus echt gemein, wenn auch zugegeben werden müsse, daß der Abg. Brauer etwas aufgeregt war, daher datiere auch die Schärfe seiner Angriffe auf die Regierung. Sicher habe man jedenfalls in der Landwirtschaftskammer das Gefühl gehabt, daß die Regierung ihr nicht fördernd gegenüberstehe. Wenn der Abg. Adeltung sage, auch in Kreisen der Landwirtschaft rede man von einem Abbau der Zölle, so erkenne er die Lage doch, ebenso könne ihm die wirtschaftliche Vereinigung anheuer zu sein. Diese trete nur in Tätigkeit, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelte, die für das Land von großem Interesse seien. Bei der linksliberalen (reinen) Vereinigung, die neuerlich wieder ihr Wesen in Frankfurt getrieben habe, gebe es nur Führer, von Soldaten habe man dort noch nichts gesehen, der gute, konservative Gedanke, der am Allen und Guten schlingt, lie es; der zu pflegen sei.

Abg. Dorisch (Vdd.) erwidert auf die Angriffe des Abg. Münch, der von einem „Verbauern“ auf dem Lande sprach, daß dies noch lange nicht so schlimm sei, als wenn weite Kreise der Stadt Londoner und Pariser Kultur laschen, die deutsche Sprache mit Fremdwörtern vermischt und solle man ausrufen: Mißel sei Holz und mache nicht alle diese Torheiten nach, damit Du nicht dem Fluch der Böchlichkeit anheimfällst. Redner sprach dann über die verfehlte Getreideverordnung, da durch die zu billigen Zoll von Mk. 1,30 eingeführte Futtermittel, die nach gründlicher Reinigung allgemein als Brauergerste, die bei direkter Einfuhr mit Mk. 4 verzollt werde, großer Schaden entstehe, da etwa 20 Millionen Mark Futtermittel eingeführt wurden. Auch die Heimbrennereien und Surrogatfabriken, welche pro Jahr etwa für 6 Millionen Mk. Gerste verbrauchen, genießen diesen niederen Zoll, wodurch sie hohe Dividenden machen. Diesen Mißständen will der bauernbündlerische Antrag abhelfen. Wunschenswert sei, daß die Behörden im Verkehr mit den Lokalbehörden in den amtlichen Zustellungen deutlicher schreiben. Gegenüber dem Abg. Adeltung leit, die Zollpolitik erwidert Redner, daß der wirtschaftliche Hochstand eine Folge der jetzigen Zollpolitik sei, jedoch die Bauern jetzt in der Lage seien, die früher gedachten Güter zu kaufen. Wenn der freisinnige Abg. Dr. Urstadt Vorträge über die historische Entwicklung des Bauernstandes halte, wäre es doch richtiger, einmal festzustellen, was hat der Freisinn resp. die wirkl. Volkspartei getan, um den Bauernstand wirtschaftlich zu heben, da würde man sicher zu negativen Resultaten kommen. Ueberhaupt mutet es an, wenn sich Freisinn und Sozialdemokratie über „Bauernschutz“ unterhalten, als wenn sich zwei Kahlköpfe um einen Kamm streiten. Wenn der Abg. Adeltung den patriotischen Inhalt der Lektüre, welche die Jugendpflege verbreite, kritisiert, die von den Bitterschlächten und den Befreiungskriegen handle, so sei doch diese viel besser, als wenn man der Jugend das Buch Webels über die Frau, oder die gesammelten Schriften der „König Luzenburger“ empfehle. (Großer Beifall).

Schluß nach 1 Uhr. Nächste Sitzung nachmittags halb 4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung erwidert Abg. Busold (Soz.) auf die Ausführungen des Ministers des Innern, und vertritt dann die Bauernfreundlichkeit seiner Partei klarzulegen, indem er behauptet, die landw. Zölle seien schädlich. Er führt dann noch Beschwerde über das Kreisamt Friedberg, welches einer Familie in Langenhan nicht für eine Wohnung geortet habe und fordert Abhilfe gegen die große Wasserwerkungen bei Harheim.

Ministerialrat Schliephake weist die Angriffe zurück und führt aus, daß alle Rückfragen gegen die Familie angewandt wurden. Für die Zustände bei Harheim sei die Gemeinde Frankfurt verantwortlich zu machen, welche sich weigere den preussischen Teil der zu erbauenden Kreisstraße auszuführen.

Abg. Henrich (Freil.) begründet die ablehnende Stellung seiner Partei zu der Forderung der Landwirtschaftskammer, ist aber bereit, demnach für den Betrag zu stimmen, wenn die Notwendigkeit der Forderung nachgewiesen sei. Er verbreitet sich dann über das Submissionswesen und die Notwendigkeit der vollen Sonntagsruhe

Abg. Dr. Osann (Natl.) bejhwert sich über die etwas langsame Tätigkeit der Verwaltungsorgane in der Betätigung der Gemeinderatswahlen in Mainz und Gießen und bejhwert dann die Verhältnisse im Hess. Genossenschaftswesen auf Grund der kürzlich durch die Blätter gegangenen unliebsamen Nachrichten. Die Regierung müsse hier energisch vorgehen. Er kommt dann auf die bedeutenden Leistungen des Staates auf dem sozialen Gebiet und der Fürsorge aller Art in der Krankenpflege zu sprechen, drückt seine Freude über die Erweiterung der Bauten für die Krebsbekämpfung aus, wie er auch die Stellung der Regierung gegenüber der Nichtbetätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und Beigeordneten anerkennt. Den Hungerstreik in Sandbach i. D. hält er für vollständig unberechtigt. Die Angriffe des Abg. Brauer gegen die Regierung und verschiedene Parteien wegen der Nichtbilligung der landw. Forderung seien zu scharf gewesen und würde er es für bedauerlich halten, wenn deswegen der Bauernbund in seiner Stellung weiter nach links abdrife. Die Stellung der Hess. Nationalliberalen werde stets in der Mitte bleiben, da er trotz aller Liebhegeleien die mittlere Linie für die richtige halte.

Minister des Innern v. Sombergk rechtfertigt die Stellung der Regierung in der Betätigungsfrage, in dem Bericht, daß Lehrer in gewerkschaftlichen Versammlungen Reden halten und in der Verteilung der Gelder für die Jugendpflege, wobei er einige Artikel zur Verteilung bringt, in welchen sich die Sozialdemokraten in ziemlich scharfer Weise gegen die patriotischen Forderungen ausbreiten. Er dankt dem Abg. Dorisch, daß er so warm für die Jugendpflege eingetreten sei. Für den Antrag Korell und Gen. betr. den Schutz Zoll für Futtermittel usw. werde die Regierung eintreten. Für die Krebsbekämpfung seien erst jetzt die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt worden und werde man erst im nächsten Jahre über die Resultate weiter verhandeln können. Bezüglich der Tätigkeit der Behörden bei Betätigung resp. Reklamationsbehandlung der Stadtratsordnungen wolle er dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Wahlen etwas früher angelegt werden möchten.

Abg. v. Helmsolt (Vdd.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Adeltung und stellt fest, daß dessen Argumentationen vollständig falsch seien, da sie von verkehrten Voraussetzungen ausgehen, es sei auch nicht richtig, daß der kleine Bauer an der Folgegebung kein Interesse habe, auch seien an den teuren Lebensmittelpreisen nicht die Zölle schuld, da man trotz sinkender Getreidepreise z. Bt. doch kein billigeres Brot habe. Auch dürfe man nicht übersehen, daß die Zölle nicht wegen der Landwirtschaft allein, sondern hauptsächlich wegen der Industrie und des Gewerbes geschaffen worden seien und um den Arbeitern Arbeitslosigkeit zu sichern. Deutschland könne ohne die Zölle nicht existieren, zudem seine Bewohner durch die sozialen Ausgaben außerordentlich belastet seien. Er kommt dabei auch auf die sozialdemokratische Jugendpflege zu sprechen und nimmt die Gelegenheit wahr, an einigen Beispielen den verheerenden Ton in der sozialdemokratischen Presse zu beweisen.

Finanzrat Dr. Reichel beantwortet die Anträge des Abg. Dr. Osann über die unzureichenden Vorläufe bei der landw. Genossenschaftsbank. Die Leitung der landw. Genossenschaftsbank habe sich nicht dazu entschließen können, der Verwaltungs- und Wertungsgesellschaft einen Zinsnachlaß zu gewähren. In der gemeinsamen Sitzung, die er, der Redner, als Staatskommissar der Zentralkasse veranlaßt habe, sei es gelungen, die Herren davon zu überzeugen, daß es im eigenen Interesse der Genossenschaft liege, wenn man da nachgeben werde. Infolgedessen sei der Konkurs der Verwaltungs- und Wertungsgesellschaft vermieden worden. Die andere Angelegenheit beziehe sich auf die Abwindung der Liquidation der Reichsgenossenschaftsbank. Auch in diesem Falle habe die Verwaltung der in Liquidation sich befindenden landw. Genossenschaftsbank durch rigoroses Vorgehen beinahe die stille Liquidation verhindert.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

Erste Kammer der Stände.

Am ersten Stelle steht die Beratung und Abstimmung über die Rückführung der Zweiten Kammer zur Befehlsvorlage.

Fürst Jsenburg-Birstein als Referent des Finanzausschusses führt aus, daß es heute gelte, den Schlusstein in ein schwieriges Werk einzufügen, das wohl seit Bestehen der Gesetzgebung eines der wesentlichsten sei. Man hatte mit zahlreichen Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen, die Dank der guten Führung der Regierung glücklich überwunden werden konnten. Am besten seien wohl die Beamten bei der Vorlage weggenommen und sei ein Irrtum, wenn man die Bestätigung des Wohnungsgeldes für nachteilig halte. Besonders schwierig gestaltete sich die Lehrerbesoldungsfrage, da dort die Zweite Kammer bedeutend über die Regierungsforderung hinausgegangen war, was den Beamten gegenüber eine Ungerechtfertigkeit bedeutete. Auch hier sei Dank der Annahme der Zweiten Kammer eine Einigung herbeigeführt worden. Redner protestiert gegen den Vorwurf, daß Mitglieder der Ersten Kammer in einem Privatgespräch, das von Lehrern abgehalten wurde, sich abfällig über die Lehrer im allgemeinen ausgelassen hätten. Damit konnten nur die Agitatoren der Lehrer gemeint sein. Man erlange durchaus die Rechte der Lehrer, ebenso wie ihre Pflichten, an. Mit nochmaligem Dank an die Regierung, die durch ihr sehr glückliches Eingreifen in letzter Stunde, das sonst wahrscheinliche Scheitern der Vorlage verhindert habe, ersucht er, die Vorlage in der jetzigen Fassung anzunehmen.

Staatsminister Dr. v. Ewald erwidert der Dank der Regierung für die gewordene Anerkennung. Sie müßte sich sagen, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, daß aber im Falle des Scheiterns die Regierung eine große Verantwortung hätte auf sich nehmen müssen, da hierdurch, sowohl eine Anzahl Hofbeamten auf Jahre hinaus ihre Wünsche juristisch hätten, andererseits aber die Erbitterung zwischen Lehrern und Beamten noch größer geworden wäre. Weiter war, sowohl im Interesse der Finanzkasse des Landes, wie auch we-

gen der Stellung der politischen Parteien zueinander eine friedliche Lösung sehr wesentlich. Er bittet dem Ausschlußantrag zugunsten.

Geh. Kommerzienrat Dr. Streckert gibt den Ausschlußbericht bekannt, der sich im wesentlichen den Beschlüssen der Zweiten Kammer anschließt und nur bei der Oberrechnungskammer und verschiedenen mittleren Beamten noch einige besondere Wünsche enthält.

Bei der Abstimmung werden diese Anträge en bloc einstimmig angenommen.

Es folgt dann die Beratung der Rückführung der Zweiten Kammer zur landständigen Geschäftsordnung.

Landgerichtspräsident Hagen berichtet über die noch vorhandenen mehr formalen Unterschiede und wird auf seinen Vorschlag den Beschlüssen der Zweiten Kammer beigetreten.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Reichstageswahlwahlen!

Der Zug nach rechts!

Die gestrige Reichstageswahl im Kreise Vornaegau, die infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des konservativen Vertreters, General v. Liebert, notwendig geworden war, zeigte dieselbe bemerkenswerte Erscheinung wie die Wahlen in Jerichow und Köslar-Land: Anwohner der konservativen Stimmen, ein Mitglied der liberalen und einen Stillstand der sozialdemokratischen Stimmen. Es erhielten v. Liebert (Reichspartei) 827, Nische (Vib.) 617 und eine sozialdemokratische Nummer 1196 Stimmen. Die ausstehenden 4 Urstimmen können an dem Ergebnis: Stichwahl zwischen dem konservativen und sozialdemokratischen Kandidaten, nicht ändern. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 brachten die Sozialdemokraten 11566 Stimmen auf, sie haben also 429 Stimmen gewonnen, was in Anbetracht der gestrigen Wählerzahl kein Fortschreiten bedeutet, der Konservativ erhielt damals 7331 Stimmen, er hat also 1196 Stimmen gewonnen, der Nationalliberal, der sich der Unterstützung des Freisinn zu erfreuen hatte, bekam von 2 Jahren 7217 Stimmen, er hat also 780 Stimmen verloren. Im Jahre 1912 hat der Vorschlag der Reichspartei vor den Liberalen nur 114 Stimmen bezogen und die Boffer- und Stresemänner gingen, den Ruf geschwollen voll Hoffnung, in den Wahlkampf mit dem traurigen Ergebnis für sie, daß der konservative Vorschlag sich nunmehr auf 2090 Stimmen vergrößert hat; gerade wie in Jerichow! In der Stichwahl stehen nunmehr 14964 nationale Stimmen, gegen 11995 reichsfeindliche, (1912: 14548 gegen 11566) so daß zu hoffen steht, zumal die Nationalliberalen zweifelslos die Parole nach rechts ausgeben werden, daß General v. Liebert wieder gewählt wird.

Vorn. 17. März. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstageswahl im zweiten Bosenor Wahlkreis Dornick-Santer-Birnbaum-Schwerin (Wartje), die durch die Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten Grafen Nießmann erforderlich wurde, wurden abgegeben für den Rittergutsbesitzer Hago-Noblich (Konf.) 13019, Prälat Kloss (Wol.) 16438, Schulz (Soz.) 636 Stimmen. Persönlicher Wale 3 Stimmen. A 103 ist somit gewählt.

Tagesübersicht.

Deutsches Reich.

Die polnischen Ausschreitungen in der St. Pauluskirche in Berlin, die von langer Hand vorbereitete Störungen gehandelt hat, bei denen es aber nicht zu Täuflichkeiten, wenn auch zu Beschimpfungen der Geistlichkeit in der Kirche gekommen sei. Die geistlichen Herren würden ihrerseits keinen Straftrag gegen die eigenen Partikularisten stellen; ob es zur Erhebung einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft kommen werde, unterliegt zurzeit noch der Ermüdung.

Das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz. Ueber das Befinden des wegen eines Darmleidens operierten Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz wurde gestern folgendes offizielle Bulletin in der „Mecklenburgischen Landeszeitung“ veröffentlicht: Der Großherzog hatte nach der Operation eine verhältnismäßig ruhige Nacht. Das Befinden des hohen Patienten ist sehr gut. Die Temperatur ist normal.

Verarbeiteter. Der Bergarbeiterausstand in der Privatgrube „Hofendach“ bei Saarbrücken ist zur Tollschand geworden. Am Samstag war von den 700 Mann der Bergschicht von 664 die Kündigung eingereicht worden. In den vorgetragenen Versammlungen, die in der Umgebung der Grube stattfanden, und von Bergleuten und Bürgern sehr stark besucht waren, wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Einmühenheit mit den Bergleuten eines Sinnes und der Überzeugung ist, daß die Arbeiterschaft im Rechte ist.

Frankreich.

Zur Zeit der Frau Gailanz. Frau Gailanz (nicht die geschiedene Frau, wie es zuerst hieß), hatte, bevor sie gestern den Mandatsantrag gegen Calmette ausführte, eine längere Unterredung mit einem hervorragenden Juristen gehabt, den sie darüber befragt hatte, ob es möglich sei, Calmette wegen seiner Verleumdungskampagne gerichtlich zu belangen. Ihr war jedoch der Rat gegeben worden, von einer Verfolgung abzusehen, da ein dazwischenzeitiger Sensationsprozess sehr viel Staub aufwirbeln und sowohl ihrem Ruf wie dem ihres Mannes gefährlich werden könnte, ohne daß ihr die gewünschte Genugtuung zuteil würde. Daher entschloß sie sich zur Selbsthilfe zu greifen; sie kaufte sich in einem kleinen Waffengeschäft den Revolver und ließ sich von dem Kommissar darin unterweisen, wie man den Revolver ladet und gebraucht. Nach den Straßendemonstrationen der gestrigen

Nacht, deren Wiederholung in noch härterer Weise in den kommenden Tagen, besonders bei dem Leidenbeginns Colwell's befürchtet wird, glaubt man, daß es dem Ministerium nicht möglich sein wird, sich am Ruder zu erhalten. Die Wahlkommission bezeichnet allgemein den Minister Caillaux als den einflussreichen Mann d. r.

Caillaux Demission annehmen. Der Ministerrat ist gestern Vormittag um 11 Uhr wieder zusammengetreten, um über das Mitteltagsstück des Finanzministers Caillaux und über die für das Cabinet geschaffene Lage zu beraten. Caillaux'scher Befehl wird, hat der Ministerrat die Demission Caillaux angenommen. Er wird erheit durch den Minister des Innern Schoups. Das Vorlesende des Innern übernimmt der Handelsminister Rolin, das Handelsministerium der bisherige Unterstaatssekretär Peret. Vor Beginn der Ministerratsitzung, um 10 Uhr vormittags, hatte der Ministerpräsident Doumergue eine eingehende Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré im Elysee. Ueber das Ergebnis der Unterredung wird, von der Entscheidung über Caillaux abzusehen, strengstes Stillschweigen beobachtet.

Norwegen.

Ein norwegischer Dampfer von Virenen gekünderf. Das Schiffe wird gemeldet: Der norwegische Dampfer „Raider“ wurde in der Nähe von Hongkong von Virenen, die als Wasserläufer auf das Schiff gekommen waren, angegriffen. Die Virenen töteten die Mannschaft des Schiffes unter Tod und Abschieden sie dort. Zwei Offiziere wurden mit den Kugeln der Virenen erschlagen und erheblich verletzt, die übrige Besatzung ist leichter verletzt. Nachdem beschießenden die Virenen die Dampfmaschinen des Schiffes erheblich und zerstört daselbst in der Waschanlage, wobei sie gefahren waren, wo sie das Weite suchten und auf chinesisches Gebiet entflohen.

England.

Eine Flottenrede Churchill's. Im Parlament eröffnet der Erste Lord der Admiraltät, Winston Churchill, das Wort zur Begründung des Flottenplans. Er erklärte, daß die Politik, die er vor zwei Jahren eingeschlagen habe, unbenommen geblieben sei. Die Notwendigkeit, eine größere Flotte zu unterhalten als früher, sei durch die Faktoren der europäischen Politik gegeben, die er oft genug auseinandergesetzt habe. Das Resultat dieser politischen Lage gesehe darin, daß er in diesem Jahre zur Unterhaltung von 33 Großdampfschiffen gezwungen sei, während sein Vorgänger im Jahre 1911 nur zur Unterhaltung von 16 Schiffen dieses Typs gezwungen gewesen sei. Er wandte sich ferner dem Thema der Marine-Luftschiffahrt zu und erklärte, daß England nämlich eine Flotte von 105 Aeroplanen besitze, von denen 62 Marineflugzeuge seien. 120 ausgebildete Piloten fänden zur Verfügung. Die Politik der Regierung sei die, England zum Herrn seiner Luft zu machen. 15 Verluftschiffe seien im Bau. Noch während der jetzigen Parlamentssession würde ein halbes Duzend Luftschiffe über Westminster fliegen, um zu zeigen, wie groß die Fortschritte der englischen Luftschiffahrt seien. Das Refrakurierungsgefäß wies sich statt ab. Falls jetzt Krieg ausbräche, könnte morgen jedes Schiff mit voller Besatzung in See gehen.

Aus der Heimat.

Friedberg, 18. März. Gut gewöhnt und gut zusammengefaßt ist das Programm des Centraltheaters. Der Hauptbesitzer beteiligt sich „Der König der Nichte“ und ist ein Sensationsdrama mit 3 Akten. In den vorgeführten Bildern entrollt sich eine Leidenschaft und Liebesgeschichte eines Piloten, der sich bei einem Wettfliegen um den Preis von 200 000 Mark bewirbt. Dieser padende, großartige Film ist ein wahres Kunstwerk. Auch das sonstige übrige Programm nebst Einlagen ist sehr reichhaltig und interessant. Die Spieldauer des Programms beträgt 3 Stunden. Es empfiehlt sich daher, spätestens um 8 Uhr zu erscheinen. Wegen der großen Unkosten tritt auf allen Plätzen ein Preisausschlag von 10 Pfg. ein.

Friedberg, 18. März. Am 20. März wird die neue Güterabfertigung nebst Verladerrampe in Betrieb genommen.

Friedberg, 18. März. (Gastspiel des Neuen Berliner Operetten-Ensembles). Wir wollen heute nochmals auf das am Montag im Hotel Trapp stattfindende dritte und letzte Gastspiel hinweisen. Die beste deutsche Operette „Die Fledermaus“ wird gegeben und dürfte diese Wahl wohl allgemein mit großer Freude begrüßt werden, denn so nett und feinsinnig diese neuen Operetten-Schöpfungen sind, so fehlt ihnen doch unbedingt das schöne und ansprechende unserer Operettenperlen wie „Fledermaus“ und „Zigeunerbaron“. Ein etwas zu großer Witz und viele Unnatürlichkeiten finden mehr oder weniger in allen neuen Operetten statt. Die älteren Operetten dagegen zeichnen sich neben einer viel besseren melodienreichen Wahl auch vor allem durch eine gesunde natürliche Komik aus, an welche unsere heutige moderne Operette nicht heranreichen kann. Es genügt wohl schon, wenn man den Namen des Komponisten Johann Strauß nennt. Was uns Johann Strauß gebracht, kann so leicht niemand nachmachen. Daß die Aufführung der „Fledermaus“ durch das Ensemble des Direktors Kling eine erstklassige wird, nun daran brauchen wir wohl nicht erst zu erinnern, denn dieses Ensemble hat uns ja genügend Beweise ihres Könnens gegeben. Der beste Beweis wäre auch wohl die Tatsache, daß das Ensemble von hier direkt nach Darmstadt geht, wo daselbst 8 Tage fest engagiert ist und zwar wird daselbst dort die Operetten „Rinofingir“ und „Fledermaus“ geben. Die Billets für diese Vorstellung sind bei Ed. Oppenheimer Raßl. und Hofbuchhandlung C. Bindernagel zu haben und dürfte es empfehlen, sich bald einen guten Platz zu sichern.

Friedberg, 18. März. (Schöffengerichtssitzung.) 1) Ein Schmiedemeister von Dorn-Affenheim hatte einen Strafbefehl über 4 M Geldstrafe erhalten, weil er auf der Orts-

straße vor seiner Wohnung Schmiedearbeiten verrichtete und dort Gegenstände stehen ließ, wodurch der freie Verkehr gehindert wurde. Auch wurden die Gegenstände Nachts nicht beaufsichtigt. Es erfolgte Freisprechung, weil Zweifel darüber bestehen, ob der benutzte Streifen, der außerhalb der Straßengasse liegt, als zur Straße gehörend anzusehen ist. Das Nichtbeaufsichtigen konnte gleichfalls nicht anwandfrei nachgewiesen werden. 2) Ein Infallakturenlehrling von Ober-Rosbach ist angeklagt, einen 14jährigen Jungen von da geschlagen zu haben. Beide haben sich wegen eines Vorfalls in der Fortbildungsschule geschimpft und geschlagen. Da auch die Sache an sich harmlos war, erfolgte Freisprechung. 3) Der Schürmflücker Johannes Jochum aus Wislirchen, ist wegen Körperverletzung angeklagt. Er soll einen Arbeiter in der Schilling'schen Werkstatt dabei getroffen haben. Er behauptet aber, daß dieser sich, als sich beide balancierten, an einer Scheere des Angeklagten selbst verletzt habe. Mangels ausreichenden Beweises konnte Auffassung nicht erfolgen, weshalb Freisprechung erfolgte. 4) Ein Stuffedame von Reichen ist wegen Diebstahl angeklagt. Er hat im vorigen Jahre dortselbst ein Haus gekauft und eine Reihe von Gegenständen, die der Verkäuferin gehörten, an sich genommen, wogegen die Erlaubnis des Bevollmächtigten gefordert haben will, meistens jedoch es sich um nicht wertvolle Sachen gehandelt haben soll. Da Angeklagter tatsächlich damals das Anwesen schon künstlich erworben hatte und im guten Glauben handelte, wurde er wegen Diebstahls freigesprochen. 5) Der Straßengärtner Weich von Hohenstadt erhielt wegen Verleumdung eines dortigen Landwirts eine Geldstrafe von 10 M. 6) Die Privatklage zwischen einem Kohlenhändler und einem Kaufmann in Friedberg wegen Verleumdung, endete durch Vergleich; der Angeklagte zahlt eine Buße von 10 M und trägt alle Kosten. 7) Ein Schneider von Somborn, der einen Seifenfabrikanten von Friedberg beleidigt hat, muß verhältnismäßig die Kosten tragen und eine Buße von 10 M für die Ortsbornen Friedbergs bezahlen. 8) Zwei Privatklagen zwischen einer Witwe und einem Arbeiter, sowie umgekehrter Rubrik von Hohenstadt fanden durch Vergleich ihre Erledigung. Jede Partei trägt ihre Kosten. Zwei weitere Sachen wurden ausgesetzt.

Hungen, 18. März. Auf dem Gelände des Bergwerks Eisenburg bei Hungen, stürzte infolge der andauernden Regengüsse der Damm eines Schlammteiches ein. Die Erdmassen fielen in die Sorlos, die infolgedessen über die Ufer trat und weite Talstrecken überflutete.

Hungen, 18. März. Bei Akkor Weigel wurde ein Einbruch verübt. Der Täter drang durch ein Küchenfenster ein, entwendete ein Portemonnaie mit Inhalt und verschiedene andere Gegenstände. Festgenommen ist der Täter bis jetzt noch nicht.

Gießen, 18. März. Der in Zahlungswiederigkeiten geratene Volkser Spar- und Verschönerverein ist seine Mitglieder und Einleger zu einer gemeinsamen Sitzung auf nächsten Sonntag ein. In derselben wird Regierungsassessor Dr. Siepert einen Bericht über die im Auftrage des Großh. Kreisamts erfolgte Revision erstatten. Dann wird Rechtsanwalt Dr. Spohr-Gieseler über Vorschläge zur Vermeidung des Konkurses über die Genossenschaft sprechen. Die Revisionsbilanz schließt mit einem Verlustsaldo von 31. Dezember 1913 von 180 738.— M., denen noch einige Sollposten von zusammen 48 382.— gegenüber stehen, so daß sich der Reinerlust auf 138,376.— M. beläuft. Bei sachlicher, ruhiger Abwicklung hofft man noch eine erhebliche Besserung dieser Gesamtsumme zu erzielen. Selbsthilfe erscheint nur möglich, durch eine sofortige Erhöhung der Geschäftsanteile um 4000 M., zu deren Deckung aber auch gute Sicherheiten angenommen werden sollen und durch ein langfristiges Moratorium sowie Liquidation unter Aufsicht des Großh. Kreisamts Gießen und weiteren 5 Verlonen aus der Zahl der Einleger. Gut wäre es, wenn die Rasse auf diese Weise eine Sanierung zu Stande brächte, da bei einem Konkurs noch Unsummen durch Kosten usw. verloren gehen.

Gießen, 18. März. An der Eiszer Höhe sank ein Arbeiter bei Waggerrungen bis unter die Kerne in einen Morast ein. Mit Mühe und Not gelang es mehreren Kameraden, den Versinkenden zu retten. Doch dieser war mit der Rettung seines Lebens sehr wenig zufrieden, hatte er doch seine ihm wertvolleren Stiefel im Schlamm lassen müssen. Da nahm sich der Dampfbooger seiner Nöte an, griff tief mit seinen Fingern in die schwere Prähle und holte unter dem Jubel des Arbeiters die teuren Langstiefeln aus der Tiefe heraus.

Damen- u. Herren
Büsten
neue Formen für die Schneiderei in den Größen 42, 44, 46, 48 auch verteilbar billig bei
Fr. Weber.
Kaiserstraße 62.
Führt des großen weißen Edelshirns.
Sawezahlverein Oberhörgern empfiehlt mehrere erstklassige
Zuhälter u. Sänen
von vorzüglichster Auswahl
Zwei leichte, fast neue
Pferdegeschirre
mit Artillerie-Kummet preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. der Neuen Tageszeitung.

In meine Buchhandlung kann Ostem ein
Lehrling
eintreten. Ausbildung im Laden und Kontor.
Friedr. Streckfuß,
Friedberg i. S.
Ein junger
Milchfutcher
welcher nebenbei auch landw. Arbeiten verrichtet sofort gesucht. Zu erfragen in der Expedition der Neuen Tageszeitung.
Tafelklavier
vorzüglich erhalten, tadellosen Klang, wegen Platzmangel billig zu verkaufen.
Gießen, Schillerstr. 15 nord

Mosfeld, 18. März. Im Automobil traf der Herzog Heinrich von Mecklenburg, Prinz der Niederlande, hier ein. Mit seinem Gefolge besichtigte er die an Seidenwebereien reiche Stadt, insbesondere wurde unser Hiltbold restauriertes, altertümliches Rathaus einer eingehenden Besichtigung gewürdigt.

Frankfurt a. M., 18. März. Durch die Regengüsse der letzten Tage werden der Ridda von den benachbarten Schichten ungeheure Wassermengen zugeführt, die das ohnehin schon schwer bedrückte Tal zwischen Bibbel und Nied weiterhin in gefährlicher Weise überschwemmen. Seit gestern früh ist das Wasser abermals um 10 Zm. gestiegen und überflutet die nach abwärts führende Landstraße in einer Höhe von 60 Zm. und einer Strombreite von mehr als 300 Metern. Bei weiterem Steigen wird die Straße auch unmittelbar vor Häusern unter Wasser gesetzt sein. Bei Bodenheim drängen die Hüten bereits in die Gärten hinein. Die großen Riedelheimer Schrebergärtenanlagen stehen weithin unter Wasser. Für Mittwoch erwartet man die Hochwelle des Flusses.

Ostern-Kassau.

Wiesbaden, 18. März. Der 36 Jahre alte Tagelöhner Heinrich Klinge vergiftete sich in seiner Wohnung, indem er den Gasbath öffnete. Er war sofort tot. Grund zur Tat ist unbekannt. — Durch einen zu früh losgegangenen Sprengschlag wurde im Steinbruch bei Sonnenberg der 25 Jahre alte Maurer Karl Martin in Sonnenberg schwer verletzt. Da ihm die Schädeldecke fast völlig abgerissen wurde, ist sein Zustand hoffnungslos.

Wiesbaden, 18. März. Der Agent und frühere Gastwirt Degenhardt in Wiesbaden, zog im November v. J. in mehreren Häusern in Wiesbaden herum, legte einen Ausweis eines Frauenerzins für arme Kranke auf dem Lande im Sächsischen vor, des weiteren eine Zeichnungskarte und bat für diesen Verein um Gaben. Für diesen waren sie aber nicht bestimmt. Wenn Degenhardt etwas erriet, stieß es in seine Tasche. In 4 Monaten Gefängnis verurteilte die Strafkammer Degenhardt wegen dieses Kollektantenschwindels in Betrüchlichkeit dessen, daß durch denartigen Schwindel die Wohlthätigkeit, da wo sie am Platze ist, sehr oft verfehlt.

Wiesbaden, 17. März. Bei starker Beteiligung — es waren allein 250 Vertreter aus 60 Orten erschienen — fand am Sonntag unter Leitung von Julius Schellin-Frankfurt a. M. in Wiesbaden der 9. Handlungsgehilfenrat für das Großherzogtum Hessen und die Provinz Hessen-Kassau im deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband statt. Der Verhandlungsleiter wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß der 1. Januar 1913 und der 1. Januar 1914 neue Kassen in Gestalt der Reichsoberaufsichtsordnung und in Erweiterung der Krankenversicherungspflicht gebracht hätten, daß aber die Segnungen bedeutend größere seien. Bezüglich der Einführung der völligen Sonntagsruhe betonte der Vorsitzende, daß man mit den Vorschlägen der Kommission des Reichstags nicht einig gehen könne, insofern sie nur für Gemeinden mit mehr als 70 000 Einwohnern die nötige Sonntagsruhe für berechtigt halten. Es wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, der Reichstag möge allgemein die nötige Sonntagsruhe einführen. Ueber den Mangel der Kaufmannsgerichte und die Notwendigkeit ihrer Ausdehnung in Hessen, Hessen-Kassau und Waldeck" behandelte in glänzenden Ausführungen Franz Sabelberg - Oberlahnstein. Nach einem von J. Schellin gegebenen Referat über die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung im Handelsgewerbe, wurde in einer Resolution als wichtigste Mittel der vorbeugenden Arbeitslosenverhütung die Förderung und der Ausbau der gemeinnützigen öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise nach Kölner Muster gefordert, und mangels staatlicher Arbeitslosenversicherung staatsvolle Selbsthilfe wie beispielsweise in der Stellenlosenversicherung des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes empfohlen, der seit den 15 Jahren seines Bestehens über 700 000 Mark Unterstützung gewährte.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst im Stadtkirchenerbach.
Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr in der Kirche: Passionsandacht. — Herr Pfarrer Jahnmann.
Gottesdienst in der Burgkirche.
Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr: Passionsandacht. — Herr Pfarrer Diehl.

Frankfurter Wetterbericht.
Vorausgabe: Westfende Bewölkung, einzelne Regenschauer, kühl, westliche bis nordwestliche Winde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Otto Sirechel, Friedberg; für den lokalen und unterhaltenden Teil: Bernhard Leng, Friedberg; für den Angelegenheit: Karl Schmidt, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A.-G., Friedberg i. S.

Einladung
des Volksbildungsvereins
für den Donnerstag, den 18. März abends 8 1/2 Uhr im Hotel Trapp stattfindenden Vortrag des Herrn Prof. Dr. Collin aus Gießen über
Goethes Faust.
Eintritt frei für jedermann.
Erklärung.
Die am 14. März in der Werkstatt „Zum grünen Baum“ bei der Verleigerung ausgeprobenene Belebung gegen den Landwirt Georg Peter Cuhj nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
Ober-Rosbach d. 16. März 1914.
Weter Stad.

Einige Waagen
Diawurz
zu kaufen g e l u c h t.
Wilhelm Schels 1., Tellersheim.
Kinderwagen
Sitz- u. Liegewagen
Sportwagen
Klapp-Fahrräder
Gloria-Wagen
reizende Neheiten
große Auswahl
denkbar billige Preise.
J. Pfeifer & Metzendorf
Friedberg i. H.

Gedenktage.

18. März, 1813 F. Hebel, Dichter, geb. — 1824 Professor Ferd. F. Wallraf f. Köln. — 1858 Franz Theod. Kugler, Kunsthistoriker, f. — 1871 C. G. Gervinus, Geschichtsforscher, f.

Aus der Heimat.

* Friedberg, 18. März. Als am Montag Vormittag der Inhaber einer hiesigen Viehhandlung seine auf dem Franzfurter Schlacht- und Viehof eingetragenen Tiere inspizierte, wurde ihm gewahrt, daß ihm eine fette Kuh gestohlen worden war. Er machte Anzeige, der Viehof wurde abgesperrt und nach langem Suchen fand man die Kuh um halb 12 Uhr angebunden an einem Kattenjaun im Viehof vor. Es war noch kurz vor Marktfluß und konnte der Händler noch gerade rechtzeitig für 200 Mark das wiedergefundene Tier an den Mann bringen.

* Friedberg, 18. März. Eine große Gefahr für die körperliche Entwicklung der Jugend bildet das Zigarettenrauchen. Es bewirkt durch unangenehme Auswirkung der aufgenommenen Speisen Blutarmer, schaffst neröse Herzhwäche, Zittern, Muskelschwäche, Kopfschmerz, Schiefhungen, vermindert die Chlort und dergleichen mehr und im allgemeinen mangelhafte geistige und körperliche Entwicklung und Leistungsfähigkeit. Alle die genannten Schädigungen werden hervorgerufen durch Tabakgenuß, hauptsächlich beim Rauchen von Zigaretten, weil bei dieser Art des Rauchens am meisten Nikotin in den Körper aufgenommen wird und die bequeme Handhabung der Zigarette zu allzu häufigem Gebrauch derselben reizt. Angefichts solcher Schädigungen sollten alle beruflichen Organe, in erster Linie natürlich die Eltern, Vormünder, Geistliche, Lehrer, Lehrmeister und überhaupt Erwachsene, zur Bekämpfung der schlechten Gewohnheit zusammenarbeiten. Die Gemeindebehörden sollten auf die Verkäufer von Zigaretten einwirken, daß sie solche an Jugendliche oder Kinder überhaupt nicht abgeben.

* Frankfurt a. M., 18. März. Die meilenweitesten Ueberflutungen im unteren Rhiddatal nehmen infolge der anhaltenden Regenfälle nachgerade einen bedauerlichen Umfang an. Zwischen Haulen und Bodenheim überflutet das Hochwasser die Landstraße in einer Breite von 180 Metern und einer Tiefe von 45 Zentimetern. Der Straßenbahnverkehr nach Haulen und Braunheim wird vorläufig durch Pferdeverkehr aufrecht erhalten. Für den Fußgängerverkehr errichtete die Stadt eine hölzerne Notbrücke, die jedoch am Montag nachmittag von einer Seite nicht mehr erreichbar war. Haulen selbst ist zwar durch einen Deich gegen die Rhidda geschützt, dafür bringt aber bereits das Grundwasser aus der Tiefe hervor und richtet in den Kellern und vor allem in den Mißbeeten der zahlreichen Gärtnereien unbeschreiblichen Schaden an. Nicht minder groß sind die Verluste der Landwirte im Rhiddatal, denen die bestellten Acker schon seit drei Wochen häufig süßhoch unter Wasser stehen. Gleich schwierig und gefährdend ist die Lage auch in der südlichen Wetterau. An die Frühjahrsbestellung, die jetzt schon beendet sein könnte, ist vorerst gar nicht zu denken. — Seit Montag nachmittag ist die Rhidda um weitere 20 Ztm. gestiegen. Da vom Luzzus und Högelsberg erneutes Hochwasser gemeldet wird, muß auch für das Rhiddatal mit einer erheblichen Steigerung der Ueberflutungen gerechnet werden.

* Frankfurt a. M., 18. März. In einem Hause der Allerheiligenstraße entdeckte die Polizei eine gut eingerichtete Werkstätte für die Herstellung falscher Zweimarstücke. Als Verle-

tiger des Falles wurde Konrad Winterstein aus Langenselbold verhaftet, während als Verbreiter des Geldes in Langenselbold der Weibhändler Wilhelm Fuhs ermittelt und festgenommen wurde.

Hessen-Nassau.

* Oberursel, 18. März. Magistrat und Polizeiverwaltung sandten im Jahre 1913 an Briefen, Vorladungen, Steuerzetteln, Militärbeordnungen usw. rund 11000 Stück aus, gegen 8900 im Jahre 1912. Schriftstücke gingen im letzten Jahre 11640 Stück ein. Strafvorfälle wegen Polizei- und Postübertretungen ergaben 642 mal, 1912 waren es 744. Die Zahl der Geburten stieg, im Gegenjahre zu anderen Orten, von 163 im Vorjahre auf 174 im Jahre 1913.

* Hungen, 18. März. Der Lebensversicherungsverein für den Kreis Hungen feierte sein 25jähriges Bestehen. In diesen 25 Jahren zahlte er an Entschädigungen rund 75000 M. aus und feierte die Zahl seiner Mitglieder von 14 im Gründungsjahre auf 384 im gegenwärtigen Jubiläumsjahr.

* Hornau i. L., 18. März. Ein durch Kurzfluß veranlaßtes Großfeuer zerstörte die hier belegene Villa des Privatmanns Lehmann bis auf die Grundmauern. Die gegenwärtigen Bewohner, Architekt Holz und Familie, mußten an Stricken aus den Fenstern Rettung vor den Flammen suchen. Den Leuten, die am Montag nach Paris abreisen wollten, verbrannte die gesamte nur wenig versicherte Habe, darunter kostbare alte französische Möbel und Kunstgegenstände.

* Soden a. L., 18. März. Nach den Plänen des Geh. Oberkautals Schmid läßt die Gemeinde einen neuen Hochwasserbehälter für die Wasserleitung erbauen.

* Wiesbaden, 18. März. Der Bürgermeister August Hof und seine Ehefrau Johanna in Wiesbaden standen vor den Schöffen, weil sie Buttergebackenes mit Margarine hergestellt hatten. Der angeklagte Bäcker gibt dies unumwunden zu, Margarine verarbeite sich besser, Butter sei zu teuer und die Verwendung von Margarine bei den Bäckern in Wiesbaden allgemein üblich. Letzteres bejaugt er als Zeuge geborene Bäckermeister in Wiesbaden. Die Nahrungsmittel-Ermittler kamen zu dem Resultat, daß wohl eine Verfälschung des Substanz vorliege, meinten aber weiter, daß bei dem Publikum mit Unrecht ein Widerwillen gegen Margarine sich gebildet. Das Gericht kam zu einer Verurteilung beider Angeklagter wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz und erkannte auf je 10 Mark Geldstrafe. — Als am 4. Januar der Bezirksvorsteher August Christmann im Auftrag des Gemeindevorstandes bei dem Schmid Johann Kaiser nach dem rechten sehen wollte, weil über Kindesmißhandlungen Klage geführt worden war, wurde Christmann vom Kaiser angegriffen, mißhandelt, bedroht und beleidigt. Diese Taten freies das hiesige Gericht dem Kaiser mit zwei Monaten Gefängnis an. — Einen schweren Unfall trug am 23. Oktober v. J. der Arbeiter Johann Winter von hier an einer beim Strohhau verwenden Beton-Bereitungsmaaschine davon. Als er eben noch mit Reinigungsarbeiten beschäftigt war, furbelte der mit der Leitung betraute Schlosser Emil Wendörfer, der Maschine an. Winter kam ins Getriebe. Der linke Oberschenkel wurde ihm zertrümmert, daß er noch jetzt im Krankenhaus sich befindet. Eine dauernde Verkrüppelung des linken Beines um etwa 20 Zentimeter ist die weitere Folge. Wendörfer, der diese Körperverletzung durch Außerachtlassen der nötigen Vorsicht verschuldet, wurde deshalb in 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Wiesbaden, 18. März. Der fideikommissarische Besitz in der Provinz Hessen-Nassau beträgt nach den neuesten Feststellungen 78540 Hektar d. h. 5 Prozent der Gesamtfläche. Im

Regierungsbezirk Kassel sind von dessen Gesamtfläche 6,3 Prozent fideikommissarisch gebunden, wessend dieser Prozentlag im Regierungsbezirk Wiesbaden nur 2,6 Prozent beträgt. Im Verhältnis zur Gesamtfläche ist der Kreis Schmalkalden am reichlichsten mit Fideikommissen begünstigt. Hier sind 32,4 Prozent der Gesamtfläche fideikommiss. Größere Fideikommissionen sind in den Kreisen Selbhausen, Jiegenhain, Wigenhausen, Wolfhagen, Welterburg, Untertaun, Oberlahn, Rheingau.

* Wiesbaden, 18. März. Wie Verwaltungsdirektor Kampel (Düsselboos) in einer hier stattgefundenen Sitzung mitteilte, sollen sich die Kosten für das Bismard-Nationaldenkmal auf der Eisenhöhe bei Bingen auf rund drei Millionen Mark, statt der bisher veranschlagten Summe von 1 800 000 M. Die Grundsteinlegung findet bestimmt am 1. April 1915, dem 100. Geburtstag Bismards, statt. — Die Stadt Wiesbaden plant gleichfalls die Errichtung eines Bismarddenkmals. Für dieses hat bereits 80 000 Mark durch Sammlungen aufgebracht. Die Gesamtaufsumme wird auf 175 000 M. veranschlagt.

* Wiesbaden, 17. März. Bei guter Beteiligung aus den Kreisen Frankfurt, Wiesbaden-Stadt und -Land, Höchst a. M., Ober-Taunus, Untertaunus, Rheingau, St. Goarshausen, Limburg und Groß-Gerau hielt am Samstag in Wiesbaden der Viehsicherungsverein des Rhein- und Maingaus unter Vorsitz des Stadtrats Kraft-Wiesbaden seine 37. ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem von Direktor Ulrich-Wiesbaden erstatteten Jahresbericht geht hervor, daß das abgelaufene Jahr neben 3694 Mark Eintrittsgeldern einen Ueberschuß von 23921 Mark brachte und die Jahresrechnung auf beiden Seiten 383 507 Mark aufweise. An Entschädigungen für regulierte Schäden wurden 205 131 Mark verausgabt. Im Berichtsjahre sind die Leistungen für Pferde und Rindviehschäden sehr erheblich gewesen, dagegen hat sich auch die Prämien-Einnahme durch den bedeutenden Versicherungszuwachs erhöht. Im einzelnen wurden an Entschädigungen für 257 Pferde 175 328 Mark, für 94 Stück Rindvieh 29 803 Mark Entschädigung gezahlt. Die Schadenursache bei Pferden war in der Hauptsache Kollit mit 40 Fällen, Magen- und Darmentzündungen mit 35, Fußsteife mit 33, Spat, Schale mit 33 Fällen usw. Beim Rindvieh fielen die zu entschädigenden Tiere in der Hauptsache an Tuberkulose mit 29, traumatische Bauchfellentzündung mit 10 Fällen usw. Am Schlusse des Geschäftsjahres betrug die Höhe des Referendos 227 316 Mark. Schadenprozesse waren in diesem Jahre nicht anhängig. Die Prämien, gegen die der Verein die Versicherungsgeheißte betreibt, sind nicht als feste, sondern als Verprämien anzusehen. Eine Nachschußprämie darf erst dann erhoben werden, wenn der Referendos bis auf 30 000 Mark aufgebraucht ist. Ein solcher Fall ist, wie der Vorsitzende ausdrücklich betonte, in den langen Jahren, da der Verein besteht, nicht ein einzigmal eingetreten. Die Vörsicherungssumme beträgt für ein Pferd 1800 Mark, für ein Stück Rindvieh 600 Mark Jungvieh unter 3 Monaten ist von der Versicherung ausgeschlossen.

Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte weiße Haut auch blendend schuppen Teint. 4 Stück 50 Pf. — Oberl. zu haben.

Imn Pflanzisen.

Roman von M. Brigg-Brool.

49 Sie tat ihm unlogbar leid. „Mein Mensch kann herzengrämmer, einsamer sein wie diese arme, reiche Frau, die, von den Verwandten ihres Mannes umgeben, diesen doch ferner steht als eine Fremde“, schloß er seine Darstellung des interessanten Falles.

„Am“, sagte Feuchtwangen, sonst nichts. Hofemarie Sebald erwartete ihn. Sie war auf kein Heißel gespannt. In ihrem Innern rechnete sie nicht mehr mit der Existenz Karls.

Sie tat ihr in ihrer hallofen Trauer leid; aber sie war ihr auch ein wenig verächtlich und schien ihr nicht wert, einen Sebald zu erziehen. Sebald wurde sie wahrscheinlich auch nicht mehr. Die Schwelgerin prophezeite ein böses Ende. Hofemarie fand, daß man ihr die ewige Ruhe gönnen müsse. Im Leben fand sie sich doch nicht zurecht. Sie sprach sich dem fremden Kräfte so unumwunden aus, daß dieser sein Mißbehagen kaum verbergte.

„Hören Sie mich zu der Kranken“, wandte er sich an den Kollegen.

Auf dem Ruhebett in ihrem Zimmer lag Mary, die müden Hände über der Brust gefaltet, ein Bild hilflosen Tommers.

Feuchtwangen wurde das Herz schmer. Er war gewöhnt Glück zu sehen; dennoch erbarmte ihn dies Kindjunge Gesicht, dessen Mütter geknickt worden. Er begrüßte sie recht freundlich und trat näher, indem er ihre weiße Hand erfaßte.

„Sie leiden, armes Kind?“ Sein mitleidiger Ton löste die starre Kinde um Marys Herz. Sie weinte.

Feuchtwangen ließ sie zuerst, dann dann zog er ihr mit fatter Gewalt die Hände vom Gesicht und sagte, sich tief au-

ihr hinabbeugend: „Wollen Sie mir nicht sagen, was Sie quält, mein armes Kind?“

„Mein Mann“, wimmerte sie, „mein geliebter Heinz, ich kann nicht leben ohne ihn.“

„Das sagen alle, die Ihren Schmerz getragen, das Leben ist unmöglich schwer. . . . Aber Sie haben ein Kind, ein kleines, süßes Kind, für das Sie leben müssen.“

„Es hat seine Tante.“

„Die Tante kann nie die Mutter ersetzen.“

Hofemarie entfernte sich. Der berühmte Mann mißfiel ihr. Nach ihrer Idee sagte er Mary zu weich an.

Feuchtwangen fuhr fort, auf die Verstörte einzureden. Ruhig stellte er ihr vor, wie sie den Mut zum Leben um ihres Kindes Willen haben müsse. Ihr Mann würde unglücklich sein, wenn er sie so leben könne.

Sie horchte seinen Worten, doch sie überzeugten sie nicht. Als der Professor schwieg, wiederholte sie mechanisch: „Ich kann nicht leben ohne meinen Mann.“

Feuchtwangen ließ die Schwelgerin kommen. Ihr Bericht entsetzte ihn. Wenn die junge Frau fortfuhr, so gegen sich selbst zu wüten, mußte sie bald am Ende sein.

„Am Ende! Verstehen Sie mich, Frau Sebald?“ wiederholte er.

Im ersten Male überflog ein Schein von Zufriedenheit das arme, verdorrte Gesicht vor ihm. So leise, daß der aufmerksam Professor ihre Wort kaum verstand, flüsterte sie: „Dann werde ich wieder bei ihm sein.“

„Er hatte sie doch gehört.“

„So leicht stirbt sich's nicht, gnädige Frau“, antwortete er sanft. Dann würden wohl alle Witwen sterben, die ihren Mann betrauern. Ihnen steht Schlimmeres bevor. Sie werden die Herrschaft über sich verlieren und dann erst recht unglücklich sein. Denken Sie an mich, fuhr er überredend fort, „ich warne Sie, Sie sollen nicht verfallen, Ermannern Sie sich! Nehmen Sie Ihre Pflichten auf sich, werden Sie Ihrem Rinde wieder eine Mutter und pflegen Sie ihm das Andenken seines Vaters, dann wird Ihr Schmerz milder, er-

träglich. Sie werden überwinden und wieder glücklich sein.“

Mary lächelte schmerzlich. Was wußte jener, wie sie litt? Wie sie sich täglich, stündlich nach ihm sehnte, der ihrer Augen Licht gewesen war. Nein, sie konnte nicht genesen und wollte auch nicht.

Als Professor Feuchtwangen sah, daß seine Worte keinen Eindruck machten, zog er sich mit dem Doktor in das Neben-zimmer zurück.

„Die Frau geht schweren Zeiten entgegen, gelingt es Ihnen nicht, sie ihrer Poptis zu entreißen. Wenden Sie alle Mittel an, meinethwegen sogar brutale. Sie muß aus dieser Stimmung heraus. Krank finde ich Frau Sebald nicht, aber anämisch, so anämisch, daß es die allerhöchste Zeit ist, daß etwas Ernstliches geschieht.“

„Sie fürchten, Herr Professor“, fragte der Doktor sehr beklommen.

„Geistigen und körperlichen Zusammenbruch.“

„Was kann man dazu tun?“ fragte der alte Herr. „Meine Mittel versagen. Ich habe alles versucht; Frau Sebald leidet jede Arznei ob und nimmt nur Schlafpulver.“

„Die würde ich ihr nun gar nicht geben; sie bringen sie immer mehr zurück. Was die Frau braucht, ist liebevolle Pflege, kräftige Kost und milder Zuspruch. Das sie niemanden, der ihr nahe steht, außer der Schwägerin?“

„Ein junges Mädchen ist hier im Hause. Sie scheint die Einzige, die ihr sympathisch ist.“

„Rufen Sie mir das Fräulein bitte.“

Erna kam und erfuhr, daß Marys Gesundheit ernster bedroht, als sie geahnt. Bewegt ver sprach sie, ihre ganze Zeit der Leidenden zu widmen und empfing vom Professor verschiedene Verhaltensmaßregeln, worauf er zu Frau Sebald zurückkehrte.

„Am liebsten nähme ich Sie mit mir“, sagte er ihr zum Abschied. „In Gohlis habe ich ein hübsches Haus mit recht großem Garten für Kranke ihrer Art.“

Stollkuna folgt.

den, ebenso Pferde über 15 Jahre. Im Jahre 1913 waren überhaupt versichert: 7793 Stück Pferde mit 7663780 Mark gegen 7232 Pferde mit 6996380 Mark in 1912; 3580 Stück Rindvieh mit 1293325 Mark gegen 3006 Stück Rindvieh mit 1198095 Mark in 1912. Am Schlusse des Berichtsjahres waren 9350 Stück Pferde und Rindvieh mit 7668840 Mark versichert. — Die Versammlung erließte dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung. — Die Jahrgangsgemäß ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder: Vorsitzender Stadtrat W. Kraft-Wiesbaden, dessen Stellvertreter Heinrich Werten-Erbenheim sowie Jakob Kofz G. in Offenheim wurden wiedergewählt. — Die Erwerbung der Mitgliedschaft beim Mittelrheinischen Pferdezug durch Ankauf von fünf Aktien zu 100 Mark wurde von der Versammlung mit Rücksicht auf die verwandten Bestrebungen genannter Vereins gutgeheißen.

Wiesbaden, 17. März. Der Fischerei-Verein für den Regierungsbezirk Wiesbaden hielt am Samstag in der „Wartburg“ in Wiesbaden seine 29. ordentliche Hauptversammlung unter dem Vorh. des Geheimen Regierungsrats Geo. Wiesbaden bei guter Beteiligung aus allen Teilen des Bezirks ab. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht betrug die Mitgliederzahl Ende 1913: 16 korporative und 206 persönliche Mitglieder, unter letzteren 32 Berufsfischer und Fischereiaufsichtsbeamte. Zur Hebung der Fischerei wurden im abgelaufenen Jahre angewendet: 2822,03 Mark und zwar wurden in öffentliche Gewässer ausgelegt: im Rhein: 3000 Stück Zanderjährlinge bei Hattenheim, 3 Zentner Karpfinglinge bei Schierstein, und 20 000 Stück Korbbrut im Mittelrhein zwischen Schierstein und Niederwall, 20 000 Stück Hechtbrut im Schiersteiner Hafen und im Mittelrhein unterhalb Schierstein; im Main: 2000 Stück Zanderjährlinge bei Höchst a. M., 3 Zentner Karpfinglinge, 20 000 Stück Korbbrut bei Höchst, von letzteren ein Teil aus in die Nidda, 20 000 Stück Hechtbrut bei Höchst; in die Lahn: 4000 Stück Zanderjährlinge bei Wehlburg und Kuntel, 800 Stück dreijährige Schleienjährlinge oberhalb Kuntel, 362 Stück Spiegelfarpfen oberhalb Hürfort, 2000 Stück Hechtjährlinge bei Kuntel, drei Zentner Karpfinglinge bei Ammenau, 20 000 Stück Korbbrut oberhalb Kuntel, 40 000 Stück Hechtbrut zwischen Selters und Kirchhofen unterhalb Kuntel und unterhalb Billmar. In zehn Bäche des Bezirks wurden 1000 Stück Karpfe ausgelegt. Unter den Einnahmen befinden sich Zuschüsse u. a.

des Staates von 1500 Mark, aus Reichsmitteln 680 Mark, vom Bezirksverband Wiesbaden 300 Mark, der Stadt Frankfurt a. M. 100 Mark, der Farbwerke Höchst 50 Mark. Es erfolgte Entlastung des Schatzmeisters und Freistellung des Berichtsjahres für 1914, der in Einnahmen und Ausgaben mit 91.5200 Genehmigung fand. Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab die Wahl des Vorsitzenden Graf Schmiegel-Wiesbaden und des Friedrich Bürger-Weilburg.

*** Fulda, 18. März.** Am Montag mittag brannten die gesamten Wirtschaftsgelände des Schlosses Wolfseck samt allen Vorräten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Feuerwehren waren bei dem herrschenden Sturm gegen die Flammen machtlos. Der Brand wurde durch ein junges Dienstmädchen, das wegen eines Diebstahls eine Rüge erhalten hatte, böswillig angelegt. Die Brandstifterin wurde bereits verhaftet. Ob das Schloss gerettet werden kann, war am Montag Abend noch fraglich. Das Schloss ist Eigentum der Landgräfin von Hessen und wurde vom Fürstbischof Adolph von Dalberg erbaut. Seit 1825 gehört es der landgräflich hessischen Familie; es ist wegen seiner hervorragenden Geweihsammlung berühmt. Sehenswert ist auch der große mit reichem Wildbestand besetzte Tiergarten.

*** Herborn, 18. März.** Ein hiesiger Privatmann schnitt sich in einem Anfall geistiger Unmachtung die Puls- und Halsschlagadern auf und sprang dann aus einem hochgelegenen Fenster auf den Hof. Hier fand man später den Unglücklichen verblutet auf.

Aus Starkenburg.

*** Groß-Gerau, 18. März.** Vom 5.—19. April veranstaltet der hiesige Orngewerbeverein eine Ausstellung für bürgerliche und ländliche Baukunst. An der Ausstellung beteiligen sich auf Einladung des Vereins auch zahlreiche Künstler der Baukunst aus Darmstadt, Offenbach und Frankfurt.

*** Darmstadt, 18. März.** Großes Aufsehen erregt die durch die Staatsanwaltschaft erfolgte Festnahme des bei der Darmstädter Reichsbankstelle beschäftigten Karl Hans Götz, geboren 1888 in Ulm, wegen Unterschlagung. Götz ist beschuldigt, seinen Kollegen an der Kasse nach und nach Geldbeträge in Höhe von zusammen 2000 Mark in der letzten Zeit von den Kassieren entwendet zu haben. Götz kam 1912 von Schöneberg h. Berlin herher und bezog ein Gehalt von 1500 M. jährlich.

Scotts Emulsion für Körper und Geist.

Daß Scotts Emulsion bei Kindern, die in der Entwicklung zurückgeblieben sind, ausgezeichnet wirkt, hat mir der Erfolg bei meinem 1 1/2-jährigen Söhnchen Josef bewiesen. Vorher gegenüber seiner Altersgenossen in allem zurück, hielt er jetzt alle ein, nachdem er eine zeitlang regelmäßig Scotts Emulsion genommen hat. Nach vier flüssigen Litern er liehen, begann bald zu laufen und in jeder Weise zuzunehmen. Sein Aussehen ist prächtig und seine geistige Entwicklung bemerkenswert. Ich weise überall darauf hin, daß hauptsächlich Scotts Emulsion diesen Umkehrung herbeiführt hat.

Dear (Köln), 12. Nov. 1912. (ges.) Joh. Treder.
Daß Scotts Emulsion außer der körperlichen auch die geistige Entwicklung der Kinder beeinflusst, ist schon häufig festgestellt worden; selbst bei Schulkindern hat man es bemerkt. Scotts Emulsion ist ein wirksamer Nährstoff in der Hauptsache aus Lebertran bestehend mit einigen Zusätzen, die schmackhaft und leicht verdaulich machen. Dies sind die Hauptvorzüge von Scotts Emulsion gegenüber gewöhnlichem Tran.

Aber Scotts Emulsion muß es sein.
Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar nie lele nach Gewicht aber Maß, sondern nur in verpackten Originalflaschen in Kartons mit weiterer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Bower, G. m. b. H., Frankfurt a. M.
Schalt. n.: Familien-Heiligtum-Lebertran 100g, prima Glycerin 50g, unterphosphoriger Kalk 1g, unterphosphoriger Natrium 2g, pulv. Tragant 3g, feiner arch. Gummi pulv. 2g, Wasser 120g, Milchsäure 10g. Hierzu aromatische Emulsion mit Zitri, Mandel- und Casterölen je 2 Tropfen.

„Römerbrunnen“ Hervorragendes Tafelwasser.

Meine Frühjahrs-Kleiderstoffe

zeichnen sich ganz besonders aus durch

Confirmanden-Stoffe
für Knaben und Mädchen.

Erstklassige Qualitäten
Schöne Farben und Muster
Billige Preise.

Confirmanden-Wäsche
für Knaben und Mädchen.

Friedrich Wissenbach

Frankfurt a. M.

14 Trierischegasse

Gegründet 1848

Trierischegasse 14

Größtes Lager am Platze!

Ohne Frage

kaufen Sie
Teppeten, Linenkassa,
Goldleisten, Farben, Lacke, Pinsel
nirgends besser, nirgends billiger wie bei

Adolf Bechstein,
Am Postamt, Friedberg i. H. Schulstr. 5.
Telefon 459. Telefon 459.
Wiederverkäufer sowie für Neubauten ge-
heißt den höchsten Rabatt! Tapezierer steht zur Verfügung.

Frühjahr 1914 Gardinen Stores

in Tüll, Leinen, Madras, Rips, Spitzen u. Einsätze
zum Selbstanfertigen von Vorhängen, Decken etc.

Vitragen
in modernen Grundstoffen und größter Auswahl

G.M. Reuss
Friedberg, Alte Post.

TORPEDO FAHRRÄDER



Alleinvertretung für Friedberg u. Umgegend
Rud. Drott
Friedberg — nächst der Stadtkirche.
Reparaturen u. Zubehörtelle
Telefon 447.

Schöne
2 Zimmerwohnung
mit abgelaß. Veranda per sofort zu vermieten.
Faurebacherstr. 44.
300000 prima Außensteine sowie Ziegel und Forstziegel empfiehlt
A. Heilmann
Schwalheim Ebnathaus.

Konfirmanden-Anzüge
schwarz, blau und gemustert von M. 14.— an.
Kleiderstoffe schwarz und farbig
von M. 1.— an per Meter.

Weiße Unterröcke u. Wäsche
Carl Loos, Gießen,
Kirchplatz 13. Telefon 797.

Zur Frühjahrsbestellung
offerieren:

Chilijalpeter, Schwefel, Ammonial, Kalkstickstoff, Superphosphate, Thomasmehl, Kainit, Kalisalz, Peru-Guano u. alle anderen Düngemittel.

Zur Saat: Ia. Saaterbsen, Saatweizen, Saathafser, Saatmais: echt Virginia und Natal, sowie Saattarsoffeln, garantiert norddeutsche Saatware: Kaisertronen, Industrie, Frührosen, Walthmann, Up to date, Magnum-Bonum, Böhm's Erfolg, Böhm's Hassia, Böhm's Vater Rhein etc.

Zur Unkrautvergiftung: Eisenvitriol u. Unkrautöl.
Prospecte jederzeit zu Diensten.
Alles in Zusammenladung auch bei den kleinsten Quantitäten.
Edm. Bezugs- u. Abgab.-Centrale, Friedberg
i. H.
Telefon Nr. 442. Telefon Nr. 442.

FAERBEREI BRAUBACH & FISCHER
CHEM. WASHANSTALT

Fabrik und Zentrale: Butzbach
Telefon No. 24 Gegründet 1848 Telefon No. 24
16 eigene Läden
Friedberg: Kaiserstrasse 63, Telefon 439
Bad-Nauheim: Alicenplatz, Telefon 229
Bingen, Coblenz, Darmstadt, Eitville, Frankfurt a. M., Gießen, Hanau, Mainz, Offenbach, Weidlar.

Größter Betrieb der Branche im Großherzogtum Hessen.
Aufträge, die uns durch die Bahn oder Post übermitteln werden, finden prompteste Erledigung. Wir bitten solche direkt an die Fabrik richten zu wollen.

Der aufgeklärte Landwirt kauft nur
Hüttenbergia (früher Torpedo)

Drill- und Hackmaschinen

Der enorm steigende Umsatz bürgt für beste Qualität und Leistungsfähigkeit. Mässig im Preis, stabil in Bauart. Verlangen Sie Prospekte u. kostenloses Besuch von der



Butzbacher Maschinenbau-Anstalt
Anton Volk, Butzbach.